

## NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der

Universitätsstadt Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 27.02.2004, 17:05 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

### Anwesend sind:

Herr Stadtrat Biver, Nico  
Frau Stadträtin Dinnebier, Käte  
Herr Stadtrat Dr. Kahle, Franz  
Herr Kemmler, Jan  
Herr Oberbürgermeister Möller, Dietrich  
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich  
Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela  
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr.  
Marlis  
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus  
Herr Stadtrat Wehrum, Heinz  
Frau Wölk, Marianne  
Herr Bürgermeister Vaupel, Egon  
Herr Aab, Peter  
Herr Acker, Matthias  
Herr Becker, Reinhold  
Frau Brahms, Karin  
Herr Chatzievgeniou, Pandelis  
Frau Daser, Dagmar  
Herr Hussein, Schaker  
Frau Lotz-Halilovic, Erika  
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer,  
Heinrich  
Herr Meyer, Uwe  
Herr Dr. Musket, Ralf  
Frau Schlüter-Böhm, Julia  
Frau Schröter, Roxane  
Frau Schulze-Stampe, Ursula  
Frau Seelig, Johanna  
Frau Sell, Sonja  
Herr Severin, Ulrich  
Frau Dr. Weinbach, Kerstin  
Frau Dersch, Christine  
Herr Heck, Hermann  
Herr Heubel, Christian  
Frau Kaufmann, Anita  
Herr Kissel, Winfried  
Frau Mehnert, Ute  
Frau Pötter, Claudia  
Herr Rehlich, Jürgen  
Frau Rising Hintz, Gunilla  
Frau Röhrkohl, Anni  
Frau Schaffner, Karin  
Herr Scherer, August

Herr Usinger, Alexander  
Herr Dr. Wulff, Reimer  
Frau Dr. Baumann, Petra  
Herr Flohrschütz, Rainer  
Herr Göttling, Dietmar  
Herr Keller, Manfred  
Frau Lakner, Anna Katharina  
Frau Laßmann, Alev  
Herr Markus, Jürgen  
Frau Neuwohner, Elke  
Frau Perabo, Dr. Christa  
Herr Schäfer, Wolfram  
Frau Gottschaldt, Eva Christiane  
Frau Kolter, Astrid  
Herr Köster-Sollwedel, Henning  
Herr Metz, Peter  
Frau Richter, Anke  
Herr Faecks, Fridhelm  
Herr Schwindack, Frédéric  
Herr Zaun, Herbert  
Frau Oppermann, Anne  
Herr Röllmann, Jan-Bernd  
Frau Schwebel, Gerlinde  
Herr Wüst, Wilfried  
Herr Dr. Huesmann, Gregor  
Herr Ludwig, Heinz

Entschuldigt fehlen:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann, Christine	- entschuldigt -
Frau Gottschlich, Hannelore	- entschuldigt -
Herr Lohse, Ingo	- entschuldigt -

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Januar 2004 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche zum Protokoll werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

### **zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung**

Von den Fraktionen werden folgende Dringlichkeitsanträge vorgelegt:

1. PDS/ML-Fraktion betrifft  
Demonstrationen von Rechtsextremisten

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, hat der Ältestenrat in seiner gestrigen Sitzung bereits übereinstimmend empfohlen, den Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung aufzunehmen. Dies wird unter TOP 9.1 erfolgen. Nach der Fragestunde wird sodann der Ältestenrat zusammentreten, um einen gemeinsamen Antragstext zu vereinbaren, der von allen Fraktionen getragen wird.

2. BfM-Fraktion betrifft  
Postagentur Ockershausen.

Der Stadtverordnete Faecks begründet die Vorlage zusätzlich mündlich. Gegen die Aufnahme in die Tagesordnung wird nicht gesprochen. Somit wird der Stadtverordnetenvorsteher den Antrag als TOP 9.2 in die Tagesordnung einfügen und entsprechend aufrufen.

3. Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und PDS betrifft  
Dorfladen Ginseldorf

Die Stadtverordnete Dersch – CDU-Fraktion begründet die Vorlage zusätzlich mündlich. Gegen die Aufnahme in die Tagesordnung wird aus dem Hause nicht gesprochen. Folglich wird der Stadtverordnetenvorsteher den Antrag unter TOP 9.3 in die Tagesordnung aufnehmen und entsprechend aufrufen.

Weitere Änderungen der Tagesordnung werden nicht begehrt. Sie gilt somit in der ergänzten Fassung als genehmigt.

zu 4 **Fragestunde**

zu 4.1 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.1 02/04)**  
**Vorlage: VO/0108/2004**

**Im Bereich der Schulen und Bushaltestellen an der Leopold-Lucas-Straße stehen unkontrolliert und jedem Schulkind zugänglich 4 Zigarettenautomaten. Wie kommt es, dass im Vereinsheim des städtischen Sportplatzes Marbach direkt neben den Toiletten für Kinder und Jugendliche ein Zigarettenautomat stehen darf? Kann der Magistrat sich dafür einsetzen, dass diese abgebaut werden?**

Es antwortet der Bürgermeister:

1. Das Aufstellen von Zigarettenautomaten ist grundsätzlich baugenehmigungsfrei. Insofern hat der Magistrat zunächst keinen Einfluss darauf, ob und wo Zigarettenautomaten aufgestellt werden. Es besteht lediglich eine freiwillige Selbstbeschränkung aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bundesverband Deutscher Tabakwarengroßhändler und Automatenaufsteller und dem Bundesgesundheitsministerium. Danach sollen Zigarettenautomaten an Schulgebäuden oder Jugendzentren oder auf deren Grundstücken sowie in einem Sichtfeld von 50 m vom Haupteingang einer Schule oder eines Jugendzentrums und innerhalb dieser Einrichtungen und umlaufenden Straßenabschnitten keine Automaten aufgestellt werden.

Falls Automaten aufgestellt sind, die dieser Selbstverpflichtung nicht entsprechen, wird sich der Magistrat bei dem betroffenen Automatenaufsteller dafür einsetzen, dass der Automat entfernt wird. Dies ist jedoch bei den Zigarettenautomaten, die auf den Schulwegen oder auch z. T. in der Nähe der Bushaltestellen aufgestellt werden, nicht möglich.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass ab dem 01. Januar 2007 neue Jugendschutzregelungen für die Zigarettenautomaten in Kraft treten. Ab diesem Datum muss durch technische Vorrichtungen sichergestellt sein, dass Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren Tabakwaren nicht entnehmen können.

Insoweit sieht der Magistrat leider keine Möglichkeit, im Sinne des Antragsstellers tätig zu werden.

2. Gleiches gilt dem Grunde nach für das Vereinsheim des TSV Marbach und andere „gaststättenähnliche“ Einrichtungen. Es mag zwar bedauerlich sein, dass in diesem Bereich Zigarettenautomaten aufgestellt werden, auch dieses kann jedoch vom Magistrat nicht verhindert werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Keller - Bündnis 90 / Die Grünen, Kissel - CDU-Fraktion und Wüst - FDP-Fraktion werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.2 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.2 02/04)**  
**Vorlage: VO/0109/2004**

Fast jeder zweite 15jährige raucht täglich seine Glimmstengel. Ein Rekord in Europa! Der bestimmungsmäßige Gebrauch macht junge Leute süchtig – und letztlich krank. Im Jahre 2002 verstarben 110.000 Menschen an der Nikotinsucht. Ist der Magistrat bereit, sich dafür zu verwenden, in Marburg zumindest das Schulgelände einer Schule zur rauchfreien Zone für Schüler und Lehrer (Vorbildfunktion) zu machen – also unter Verzicht auf Raucherzimmer und Raucherecken und geduldetem Rauchen außerhalb der Gebäude?

Es antwortet der Bürgermeister:

Auch der Magistrat teilt die Besorgnis, dass immer mehr Kinder und Jugendliche zur Zigarette greifen.

Insofern wäre es wünschenswert, wenn die Schule mit gutem Beispiel vorangehen würde. Wir wissen auch von vielen Schulen, dass die Problematik des Rauchens thematisiert und Projekte zur Raucherprävention durchgeführt werden.

Der Magistrat sieht sich jedoch allein aus rechtlichen Gründen nicht in der Lage, Schulgelände zur rauchfreien Zone zu erklären. Dies würde in die Rechte der dort beschäftigten Lehrkräfte eingreifen und muss somit von dem zuständigen Dienstherrn, dem Land Hessen, geregelt werden.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass es einen Erlass des Hessischen Kultusministeriums „Rauchen in der Schule“ gibt, der konkrete Regelungen festlegt. Danach ist Schülerinnen und Schülern das Rauchen auf dem Schulgelände und im Schulgebäude grundsätzlich untersagt.

Seitens der Schulleitung kann jedoch Schüler/innen ab dem 16. Lebensjahr während der unterrichtsfreien Zeit das Rauchen erlaubt werden, wenn die Einrichtung einer Raucherzone nach Anhörung des Schulleitungsbeirats und der Schulkonferenz beschlossen wurde, eine Belästigung der übrigen Schülerinnen und Schüler ausgeschlossen ist und regelmäßig über die gesundheitsschädigenden Folgen des Rauchens in geeigneter Form informiert wird. Außerdem ist eine Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten bei minderjährigen Schüler/innen notwendig.

In diesem Zusammenhang ist auch geregelt, dass Lehrerinnen und Lehrern das Rauchen während der Unterrichtszeit in Anwesenheit von Schülerinnen und Schülern und in den von Schülerinnen und Schülern genutzten Räumen sowie in den allgemein zugänglichen Teilen des Schulgeländes untersagt ist. Auch hier wird die Möglichkeit eröffnet, Raucherzimmer einzurichten.

Diese Regelungen kann der Magistrat nicht durch einseitige Erklärungen außer Kraft setzen. Vielmehr muss hier die Initiative von der Schule ausgehen und mit der gesamten Schulgemeinde abgestimmt sein. Entsprechende Maßnahmen würden wir jedoch ausdrücklich unterstützen.

Die Beantwortung wird ergänzt durch Ausführungen des Oberbürgermeisters.

zu 4.3 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gunilla Rising Hintz (Nr.3 02/04)**  
**Vorlage: VO/0110/2004**

**Die Klinik Sonnenblick wird von vielen Ortsunkundigen besucht, die mit dem Auto nach Marburg kommen. Nachdem diese die Ausfahrt „Marburg Mitte“ verlassen haben, werden sie durch keine Hinweisschilder weitergeleitet.**

**Sieht der Magistrat eine Möglichkeit, diesen Besuchern der Stadt durch das Aufstellen geeigneter Hinweisschilder die Anfahrt zur Klinik bequemer zu machen?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Wir halten die vorhandene Beschilderung für ausreichend.

Eine Wegweisung im öffentlichen Verkehrsraum ist nur dann zulässig, wenn dies wegen besonders starkem auswärtigen Zielverkehr dorthin und zur Vermeidung von Suchfahrten, die die Umwelt und den Straßenverkehr belasten, unerlässlich ist. Diese Voraussetzung liegt hier nicht vor.

Die richtige Orientierung der Verkehrsteilnehmer ist durch das Vorhandensein der Straßenschilder gewährleistet, weil vorausgesetzt werden darf, dass sich Ortsfremde vor der Fahrt zur Klinik Sonnenblick anhand von Voranfragen bzw. einem Blick in die Orientierungstafeln an den großen Einfallstraßen nach Marburg frühzeitig informieren können.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Rising Hintz – CDU-Fraktion, Köster – PDS/ML-Fraktion, Sell – SPD-Fraktion und erneut Rising Hintz – CDU-Fraktion werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.4 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr.4 02/04)**  
**Vorlage: VO/0138/2004**

Sind durch die beabsichtigte Kommunalisierung von staatlichen Aufgaben Auswirkungen für die Stadt Marburg zu erwarten und wenn ja, welche?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Land beabsichtigt, im Rahmen seiner Verwaltungsreformbemühungen Aufgaben der Unteren und Mittleren Behörden vom bisher staatlichen Bereich zu „kommunalisieren“. Beispiel: Untere Wasserbehörde. In diesem Falle würde das auch einen Wechsel von nicht unerheblichem Personal bedeuten (bis hin zu Technikern, die entsprechende Aufgaben in der Praxis abzuwickeln haben). Die Landräte fordern jedoch einheitlich die Anwendung des inzwischen gesetzlich normierten Konnexitätsprinzips. Daran kann ein entsprechender Übergang noch scheitern. Ohne Einhaltung der Konnexitätsprinzips lehnen die Landräte die Übernahme dieser Aufgaben ab. Entgeltige Aussagen können deshalb derzeit noch nicht getroffen werden.

Die Stadt ist unmittelbar nicht beteiligt (später ggf. mittelbar, über möglicherweise anfallende Umlagekosten?).

zu 4.5 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr.5 02/04)**  
**Vorlage: VO/0111/2004**

Diverse Treppen, Gässchen und Straßen in der Oberstadt sind nur unzulänglich mit Straßennamenschildern ausgestattet. Die wenigen Schilder sind oft viel zu weit oben angebracht. Sieht der Magistrat Möglichkeiten, diese Situation zu verbessern?

Es antwortet der Bürgermeister:

Zunächst wird eine Überprüfung der Straßennamenschilder der Treppen, Gässchen und Straßen in der Marburger Oberstadt durchgeführt. Sodann werden die Möglichkeiten und die dafür zu erwartenden Kosten mitgeteilt.

zu 4.6 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr.6 02/04)**  
**Vorlage: VO/0085/2004**

Wie viele Einzelhandelsgeschäfte stehen in der Marburger Innenstadt leer? Welche Beratung wird Ladeninhabern, die von Schließung oder Insolvenz bedroht sind, von der kommunalen Wirtschaftsförderung zuteil? Wie gehen vergleichbare hessische Städte mit dieser Problematik um?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Derzeit stehen ca. 9 % der Einzelhandelsgeschäfte in der Marburger Innenstadt (Nordstadt, Oberstadt, Südstadt, Marburg Mitte, Weidenhausen) leer. Dies dürfte etwa 2 % der gesamtstädtischen Angebotsfläche ausmachen. Diese Zahl grenzt an Daten aus der Vergangenheit und dürfte nach aller Erfahrung noch im Rahmen der bewältigbaren Fluktuation liegen, wenn sich die Lage infolge der allgemeinen Kaufkraftverluste der Bevölkerung in Zukunft nicht verschärfen sollte. Bislang konnte durch Neugründungen die Zahl der Geschäftsaufgaben in Marburg jedenfalls i. d. R. immer wieder ausgeglichen werden.

Neben dem Einzelhandelsverband bietet die städtische Wirtschaftsförderung im Marburger Rathaus in Kooperation mit den Beratungsexperten des RKW (Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft) seit geraumer Zeit branchenspezifische Beratungsleistungen u. a. für existenzbedrohte Unternehmen an.

Diese Hilfen sollen kurzfristig erweitert werden. Aktuell sind einschlägige Veranstaltungen in Kooperation mit der IBH (Investitionsbank Hessen) und dem RKW-Hessen geplant bzw. verabredet.

Andere hessische Städte bieten ebenfalls Beratungsdienste an.

Für die Anwendung weitergehender erfolgsträchtiger Konzepte wie z. B. BIDs (Business Improvement Districts) fehlt derzeit noch die rechtliche Grundlage. Wirksame Handlungsmöglichkeiten des Planungsinstrumentariums wurden in der Vergangenheit bereits ausgeschöpft. Durch Stadtverordnetenbeschluss hat die Stadt Marburg erfolgreich Maßnahmen zur Stärkung der Marburger Innenstadt

auf den Weg gebracht und schädliches Flächenwachstum auf der „grünen Wiese“ behindert. Angeregt wird nunmehr, im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit auf Ebene des Regierungsbezirkes weiteres Flächenwachstum in ganz Mittelhessen zu begrenzen und die Erstellung eines regionalen Einzelhandelsstandortkonzeptes in Angriff zu nehmen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Sell – SPD-Fraktion, Schwebel – FDP-Fraktion und Köster – PDS/ML werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 17:40 übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff – CDU-Fraktion die Sitzungsleitung

zu 4.7 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr.7 02/04)**  
**Vorlage: VO/0123/2004**

**Wie ist der aktuelle Sachstand zur Errichtung des Grillplatzes in Cappel?  
Wann ist mit dem Baubeginn zu rechnen?**

*Es antwortet der Bürgermeister:*

Die Errichtung einer Grillhütte und eines WC-Gebäudes für den Grillplatz Cappel, Dorfriesenweg, ist mit BTB 0060/2002 vom 28.05.2002 genehmigt.

Am 25.02.2004 soll mit dem Ortsbeirat über eine abgespeckte Form erneut verhandelt werden.

Mit den veranschlagten Mitteln von 25.000,-- € ist das genehmigte Bauvorhaben nicht umsetzbar.

zu 4.8 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr.8 02/04)**  
**Vorlage: VO/0112/2004**

Welche Gremien und Ursachen sind für die erneute Verzögerung des Ausbaus der ÖPNV-Anbindung der Oberen Moischer Straße in Cappel verantwortlich und zu welchem Termin ist jetzt mit einem Baubeginn zu rechnen?

*Es antwortet der Bürgermeister:*

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg hat in ihrer Sitzung am 20. Dezember 2002 die Offenlage der Planunterlagen zum Ausbau des verlängerten Sohlgrabens zur Busanbindung des Neubaugebietes 'Moischer Straße' im Stadtteil Cappel gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Die öffentliche Auslegung erfolgte in der Zeit vom 15. Januar bis einschließlich 12. Februar 2003. Anschließend wurde zu den eingegangenen Anregungen und Bedenken eine Stellungnahme verfasst, so dass die Stadtverordnetenversammlung im Juli 2003 das Baurecht nach § 125 BauGB erteilen konnte.

Bereits am 24. Februar 2003 wurde der Förderantrag zum Ausbau des verlängerten Sohlgrabens zur Busanbindung des Neubaugebietes "Obere Moischer Straße" beim Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen gestellt. Mit



Schreiben vom 12. Dezember 2003 wurde das zuständige Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung nochmals auf die Dringlichkeit der Maßnahme hingewiesen und um kurzfristige Förderung gebeten. Im Januar 2004 wurde dem Fachdienst Tiefbau jedoch schriftlich mitgeteilt, dass eine Aufnahme der Maßnahme in das Förderprogramm 2004 nicht möglich ist.

Seitens des städtischen Haushaltes standen die notwendigen Mittel zur Umsetzung im Haushalt 2003 bereit und sind auch für den Haushalt 2004 wieder angemeldet und bewilligt worden.

Mit der Umsetzung der Maßnahme kann begonnen werden, sobald der Förderbescheid gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) vorliegt. Dieser ist voraussichtlich frühestens im Frühjahr 2005 zu erwarten.

zu **4.9** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dietmar Göttling (Nr.9 02/04)**  
**Vorlage: VO/0143/2004**

Welche Veränderungen hat es bei der SEG gegeben und wird dies Auswirkungen auf das Geschäftskonzept haben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Mit Ablauf des Jahres 2003 ist der bisherige kaufmännische Geschäftsführer Detlef Braster aus der Geschäftsführung der SEG ausgeschieden. Mit Wirkung vom 01.01.2004 ist Herr Bernd Schulte in die Geschäftsführung eingetreten.

Da Herr Schulte auch Geschäftsführer der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau ist und auf der Grundlage des ohnehin bereits seit längerem bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrages für kaufmännische Angelegenheiten zwischen SEG und GeWoBau werden sich voraussichtlich gute Synergieeffekte ergeben, die sich auch kostenseitig positiv auswirken können.

Weil sich beide Gesellschaften darüber hinaus in ihren Geschäftsfeldern und Kompetenzen vorteilhaft ergänzen, wird sich die noch engere Kooperation für künftige Entwicklungsmaßnahmen der Stadt Marburg sicher positiv auswirken.

Details hierzu sind Gegenstand von Erörterungen im Aufsichtsrat der jeweiligen Gesellschaft.

zu **4.10** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.10 02/04)**  
**Vorlage: VO/0113/2004**

Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, auf die Filialeitung der Schnellimbiss-Kette McDonalds im Afföller einzuwirken, wirksam der anhaltenden erheblichen Verschmutzung im Umfeld dieses gastronomischen Betriebes durch Verpackungsmaterialien und Essensresten entgegenzutreten (z. B. durch Wiedereinstellung zuvor offensichtlich entlassener spezieller Müllbeseitigungskräfte)?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Bereich um die McDonalds-Filiale im Afföller wird mehrmals täglich von Angestellten gereinigt. Auf eigene Kosten wurden zusätzlich 6 Müllgefäße aufgestellt. Des Weiteren werden in regelmäßigen Abständen spezielle Aktionen

durchgeführt, um die Kunden darauf hinzuweisen, den Müll in den dafür vorgesehenen Behältern zu entsorgen.

Bei erheblicher Verschmutzung wird der Geschäftsführer im Einzelfall zusätzliche Reinigungen veranlassen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster – PDS/ML und Acker – SPD werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.11** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.11 02/04)**  
**Vorlage: VO/0117/2004**

Was würde eigentlich eine nach Auskunft des Bürgermeisters technisch mögliche Erweiterung des 25-Meter Beckens im Freibadbereich des AquaMar zu einem 50-Meter Becken kosten?

Es antwortet der Bürgermeister:

Bereits in den Voruntersuchungen zur Planung des AquaMar war ermittelt worden, dass ein 50-Meter Becken gegenüber einem 25-Meter Becken pro Jahr einen zusätzlichen Aufwand von 443.000,00 DM erforderlich machen würde. Dieser Aufwand setzt sich zusammen aus Unterhaltungs- und Betriebskosten sowie kalkulatorischen Kosten für das erhöhte Investitionsvolumen. Dieses zusätzliche Kostenvolumen würde auf jeden Fall auch bei einer Erweiterung des derzeit vorhandenen 25-Meter Beckens, die technisch möglich wäre, zu bewältigen sein, da eine Erweiterung wegen verschiedener Gesichtspunkte (Badewassertechnikerweiterung etc.) teurer wäre als eine größere Auslegung von vornherein. Das zusätzlich zu bewältigende Kostenvolumen steht sicherlich angesichts der Haushaltsdiskussion außer Diskussion. Aus diesem Grund wird um Verständnis darum gebeten, dass keine detaillierte Kostenschätzung vorgenommen wurde.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster – PDS/ML und Heck – CDU werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.12** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr.12 02/04)**  
**Vorlage: VO/0118/2004**

Ist dem Magistrat bekannt, dass Parkuhren nicht die Parkzeit anzeigen, die dem Wert der eingeworfenen Münzen entspricht (so geschehen in mehreren Fällen in der Bahnhofstraße). Werden die Ausgabekästen der Parkscheine technisch gewartet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Parkscheinautomaten sind im gesamten Stadtgebiet satzungsgemäß taktiert. Nach § 2 der Gebührenordnung für die öffentlichen Parkflächen in der Universitätsstadt Marburg (Parkgebührenordnung) betragen an Parkscheinautomaten 0,30 € bzw. 0,60 € je angefangene 30 Min. Insofern ist es satzungskonform, wenn die Automaten beim Einwurf von 0,40 € eine Parkzeit von 30 Min. anzeigen. Hierzu befindet sich an jedem Automat ein entsprechender Hinweis. und zwar

*„Der Automat wechselt nicht und gibt kein Rückgeld“.*

Die Automaten werden regelmäßig und zwar wöchentlich gewartet.

zu **4.13** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr.13 02/04)**  
**Vorlage: VO/0154/2004**

**Treffen die Informationen zu, dass**

**a) die MEG den ehemaligen DBM-Kunden unter den Geschäftsläuten Angebote unterbreitet, die weit unter der Hälfte des ehemaligen „DBM-Satzes“ liegen?**

**b) dass in den abholenden Müllfahrzeugen der sortiert und bereitstehende Müll unsortiert in die Presse gedrückt wird?**

*Es antwortet der Oberbürgermeister:*

Die MEG hat den Auftrag, sich auf dem Gewerbeabfallmarkt zu betätigen und bietet ihren Kunden Entsorgungsdienstleistungen auf der Basis marktüblicher Konditionen und Rahmenbedingungen an. Diese liegen deutlich unter den Gebühren der Marburger Abfallsatzung.

Es ist nicht bekannt und auch nicht davon auszugehen, dass nach Fraktionen getrennter Abfall in einem Fahrzeug gesammelt wird, es sei denn, dass dieser so von den Kunden bereitgestellt wird.

zu **4.14** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr.14 02/04)**  
**Vorlage: VO/0128/2004**

Ist es richtig, dass bei der zweiten Windkraftanlage (WKA) des Betreibers, „Bürgerwindrad Marburg GmbH & Co. KG“, Sicherheitsprobleme am Rotor bzw. den Rotorblättern gibt? Wenn ja, wie schützt die Betreibergesellschaft bzw. die Stadt Marburger Spaziergänger und Nutzer der Nachbargrundstücke, die sich im näheren Bereich der WKA aufhalten, und welche Maßnahmen trifft die Stadt Marburg im Rahmen der Gefahrenabwehrverordnung?

*Es antwortet der Oberbürgermeister:*

Nein, es gibt bisher keine Sicherheitsprobleme an der Windkraftanlage. Laut Angaben des Betreibers wurde die Anlage vor ihrer Inbetriebnahme technisch abgenommen. Zusätzlich gibt es zweimal jährlich Überprüfungen. Für die Windkraftanlage besteht darüber hinaus ein Dauerwartungsvertrag und eine Fernüberwachung rund um die Uhr.

Bisher wurden keine für die Sicherheit relevanten Störungen festgestellt.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo – Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.15 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr.15 02/04)**  
**Vorlage: VO/0114/2004**

**Wie war der Stand der Kassenkredite jeweils am letzten Tag des Monats vom 31. August 2003 bis zum 31. Januar 2004?**

**Wie hoch ist der Kassenkreditrahmen und hat es dort in letzter Zeit Veränderungen gegeben?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

1. Zum Stand der Kassenkredite:

Der Haushalt 2004, der der Stadtverordnetenversammlung seit Dezember 2003 komplett in gedruckter Form vorliegt, enthält im Vorbericht folgende Übersicht:

Monat	des Jahres 2003	Kassen- sollbe- stand zum Monats- ende/T€	Festgeld- zinsen und Tagesgeld- zinsen im Monat/T€	Kassen- kredite zum Monats- ende/T€	Zinsen für Kassen- kredite im Monat/T€
Januar	-631	-	3	20.600	86
Februar		2.445	2.000	2	16.000
März	1.110	1.000	7	18.000	41
April	-947	-	6	17.400	44
Mai	6.170	6.000	2	-	38
Juni	1.724	-	12	200	-
Juli	89	-	2	5.000	-
August		814	-	-	5
September		30	-	7	6.000
Oktober		-638	-	-	14.600
November		877	-	-	12.000

Ende Dezember 2003 lagen die Kassenkredite bei 15 Mio €, Ende Januar 2004 bei 20 Mio €..

Dieser Stand verringert sich jedoch buchmäßig um rd. 7,4 Mio €, weil in dieser Höhe Kassenkredite zu „normalen“ Investitionskrediten umgebucht werden müssen, um den Vermögenshaushalt 2003 ausgeglichen abschließen zu können.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte bereits im Dezember 2003 dieses Verfahren beschlossen.

2. Zum Kassenkreditrahmen:

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde von der Stadtverordnetenversammlung im § 4 der Haushaltssatzung wie folgt festgesetzt:

**Jahr DM €**

1995	30.000.000 DM	15.338.756 €
1996	30.000.000 DM	15.338.756 €
1997	30.000.000 DM	15.338.756 €
1998	30.000.000 DM	15.338.756 €
1999	60.000.000 DM	30.677.513 €
2000	35.000.000 DM	17.895.216 €
2001	40.000.000 DM	20.451.675 €
<b>Umstellung auf €</b>		
2002	39.116.600 DM	20.000.000 €
2003	48.895.750 DM	25.000.000 €
2004	48.895.750 DM	25.000.000 €

zu **4.16** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr.16 02/04)**  
**Vorlage: VO/0152/2004**

Werden junge Mädchen im „Freiwilligen Sozialen Jahr“ in nennenswertem Umfang in Kindertagsstätten eingesetzt? Wie wird Werbung dafür vom Magistrat gemacht?

Die Fragestellerin ist nicht anwesend. Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass die Frage somit schriftlich mit dem Protokoll beantwortet wird.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Möller.

Das „Freiwillige Soziale Jahr“ dient traditionell nicht nur dazu, einen freiwilligen Dienst oder eine ehrenamtliche Tätigkeit durchzuführen und diese besonders zu fördern, sondern in erster Linie dient das „Freiwillige Soziale Jahr“ einer Berufsfindung.

Die Stadt Marburg hat in den 80er Jahren bis einschließlich des Jahres 1992 das „Freiwillige Soziale Jahr“ durchgeführt mit einem seinerzeitigen monatlichen Kostenaufwand von ca. 600,00 DM, der sich aus Taschengeld, Fahrtkosten, Wohngeldzuschuss, Verpflegungsgeld und Kosten für die Sozialversicherung zusammensetzte. Die aktuellen Kosten für die Durchführung einer Maßnahme betragen 665,00 Euro.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde immer wieder über die Einführung des „Freiwilligen Sozialen Jahres“ nachgedacht.

In Anbetracht der hohen Kosten für eine Maßnahme die letztlich eher der Berufsfindung dient, muss jedoch dringend von der Einrichtung des „Freiwilligen Sozialen Jahres“ Abstand genommen werden.

zu **4.17** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr.17 02/04)**  
**Vorlage: VO/0139/2004**

**Dem Seniorenbeirat wurde in der gemeinsamen Sitzung mit dem Sozialausschuss zugesagt, eine Aufstellung über die verschiedenen von Freien Trägern angebotenen Leistungen für Senioren**

**(Seniorenachmittage, -fahrten, etc.) zusammenzustellen. Kann der Seniorenbeirat bald diese Liste bekommen?**

Zuständiger Dezernent: Stadtrat Dr. Kahle.

Die Fragestellerin ist nicht anwesend. Der Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass die Frage somit schriftlich mit dem Protokoll beantwortet wird.

Die Zusammenstellung wird dem Seniorenbeirat bei der nächsten Sitzung am 25.02.2004 vorgelegt.

zu **4.18** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.18 02/04)**  
**Vorlage: VO/0153/2004**

Hat der Magistrat bereits alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um den Besitzer des Eckhauses Wettergasse / Enge Gasse zur Fortführung der Sanierungsarbeiten zu zwingen, oder müssen sich die Bürger und Besucher der Stadt mit der Einrüstung des Hauses als Dauerzustand abfinden?

Es antwortet der Bürgermeister:

Der Magistrat schöpft alle rechtlichen Möglichkeiten aus, um die Sanierungsarbeiten voranzubringen. Allerdings ist dies mit einer sehr langsamen Vorgehensweise verbunden.

Entsprechen einem statischen Gutachten muss das Gerüst zur Sicherheit der Fußgänger bis auf weiteres stehen bleiben.

Der Auftrag an den Zimmermann ist erfolgt. Wenn die Arbeiten nicht ausgeführt werden, erfolgt die Ersatzvornahme.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel – FDP-Fraktion wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.19** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr.19 02/04)**  
**Vorlage: VO/0126/2004**

**Wann ist damit zu rechnen, dass der Bauzaun am Rudolphsplatz seiner Wortbedeutung gemäß genutzt wird und auf dem Gelände des früheren Luisabades der erste Spatenstich getan wird?**

**Wer oder was verhindert die Bebauung des Filetstücks in der Innenstadt?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Eigentümerwechsel für das Gelände „ehem. Luisabad“ wird durch Vertragsabschluss noch im Februar vollzogen. Danach ist die Abstimmung für den im Grunde bereits abgestimmten Entwurf über das anstehende Bauantragsverfahren mit der Stadt und den zu beteiligenden Gremien noch im Frühjahr 2004 vorgesehen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell – FDP-Fraktion wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen. Die Fragen 20 bis 25 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Antworten bei.

Wie bereits angekündigt unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher um 18:18 Uhr die Sitzung und beruft den Ältestenrat ein.

Nach der Sitzung des Ältestenrates wird die Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt um 18:50 Uhr.

zu 5 **Straßenbenennung**  
**Vorlage: VO/0092/2004**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die im Plan gekennzeichnete Weg erhält den Namen**

**Konrad-Baier-Weg**

**Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.**

zu 6 **Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2003 der Stiftung St. Jakob**  
**Vorlage: VO/0100/2004**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der PDS-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Gemäß § 9 Abs. 2 der Stiftungsverfassung wird mit der Prüfung des Jahresabschlusses der Stiftung St. Jakob für das Wirtschaftsjahr 2003 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche, Postfach 150362, 60063 Frankfurt am Main beauftragt.**

zu 7 **Wirtschaftsplan 2004 der Stiftung St. Jakob**  
**Vorlage: VO/0078/2004**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Metz – PDS/ML-Fraktion und Stadtrat Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der PDS/ML-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der beigefügte Wirtschaftsplan 2004 der Stiftung St. Jakob, bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan sowie der Stellenübersicht, wird beschlossen.

zu 8      **Bauleitplanung der Stadt Marburg  
Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 7/5 'südlicher  
Spiegelslustweg' der Stadt Marburg**

**Vorlage: VO/0071/2004**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Meyer – SPD-Fraktion. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 7/5 „südlicher Spiegelslustweg“ gemäß § 2(1) BauGB beschlossen.

zu 9      **Dringlichkeitsanträge**

zu 9.1    **Dringlichkeitsantrag der PDS/ML-Fraktion Betr.:  
Demonstrationen von Rechtsextremisten.  
Vorlage: VO/0161/2004**

Für alle Fraktionen spricht der Stadtverordnetenvorsteher zum Antrag und bekräftigt die entschlossene Haltung der Stadtverordnetenversammlung, in Marburg gegen Rechtsradikalismus Position zu beziehen. Der Ältestenrat der Stadtverordnetenversammlung hat in der so eben statt gefundenen Sitzung eine Antragsformulierung vereinbart, die der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen wird. Der Stadtverordnetenvorsteher verliest somit folgenden neuen Antragstext:

**Vor dem Hintergrund der Ereignisse vom 21. Februar 2004 bekräftigt die Stadtverordnetenversammlung ihren Aufruf vom 7. November 2000, der sich für Menschlichkeit und Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit in unserer Stadt ausgesprochen hat.**

**Wir stehen ein für ein menschlichen, weltoffenes und tolerantes Marburg, für das friedliche Zusammenleben aller Menschen, ungeachtet ihrer Weltanschauung, Religion, Kultur, Herkunft oder Hautfarbe.**

Hass und Gewalt, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus dürfen in unserer Stadt keine Chance haben.



Wir wollen, dass in Marburg kein Mensch Angst haben muss vor Verfolgung und Gewalt.

Daher rufen wir alle Marburgerinnen und Marburger auf, mit uns gemeinsam für diese Ziele einzutreten, mit Mut, Entschlossenheit und Zivilcourage wollen wir zusammenstehen gegen das Wegschauen und die Gleichgültigkeit.

Alle in der Marburger Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat vertretenen Parteien erklären, dass sie auch im Wahlkampf alles unterlassen, was mit diesen Zielen nicht vereinbar ist.

Der Magistrat wird gebeten, über den Umgang der Ordnungsbehörden mit der Neonazi-Demonstration von Samstag, 21. Februar, zu berichten und über weitere geplante Aktivitäten der Rechtsextremisten zu informieren.

Der Magistrat wird gebeten, künftig ähnlichen rechtsradikalen Aufmärschen und Auftritten öffentlich mit allen politischen und rechtlich zulässigen Mitteln entgegenzuwirken.

Die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt diesen Text zur Abstimmung. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Der im Ältestenrat vereinbarte und soeben verlesene Antragstext wird beschlossen.

Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt, dass der vom Magistrat zu erteilende Bericht in der Sitzung des Ältestenrates diskutiert werden wird.

zu **9.2** **Dringlichkeitsantrag der BfM-Fraktion Betr.:**  
**Postagentur in Ockershausen**  
**Vorlage: VO/0162/2004**

Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Ferner sprechen die Stadtverordneten Faecks – BfM und Severin – SPD. Der Stadtverordnete Severin schlägt vor, den Antragstext wie folgt neu zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, mit Nachdruck auf die deutsche Post AG einzuwirken, damit sie den Agenturvertrag mit dem Betreiber in 35037 Marburg-Ockershausen, Ockershäuser Str. 84, über den 31.03.2004 hinaus verlängert bzw. zeitnah mit einem neuen Agenturbetreiber einen Agenturvertrag abschließt.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt diesen ergänzten Antragstext zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, mit Nachdruck auf die deutsche Post AG einzuwirken, damit sie den Agenturvertrag mit dem Betreiber in 35037 Marburg-Ockershausen, Ockershäuser Str. 84, über den 31.03.2004 hinaus verlängert

bzw. zeitnah mit einem neuen Agenturbetreiber einen Agenturvertrag abschließt.

zu **9.3**      **Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen**  
**Betr.:**  
**Dorfladen Ginseldorf**  
**Vorlage: VO/0163/2004**

Zur Sache sprechen der Stadtverordnete Severin – SPD-Fraktion und Oberbürgermeister Möller für den Magistrat.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordneten der Stadt Marburg unterstützen ausdrücklich das Projekt Dorfladen des Vereins zur Förderung der Dorfgemeinschaft Ginseldorf e. V. und stellen klar, dass für dieses Projekt bereits ein Zuschuss in Höhe von 50.000 EURO in den Vermögenshaushalt 2004 der Stadt Marburg eingestellt wurde.
2. Der Magistrat wird gebeten, diesen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung schnellstmöglich den zuständigen Ministerien der Hessischen Landesregierung, sowie der Investitionsbank Hessen vorzulegen und die Unterstützung des Projektes auch seitens des Magistrates zum Ausdruck zu bringen.

zu **10**      **Anträge der Fraktionen**

zu **10.1**      **Antrag der BfM, FDP und MBL-Fraktionen betr. Verkehrsführung**  
**Ockershausen / Hohe Leuchte**  
**Vorlage: VO/0033/2004**

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Anschließend haben die antragstellenden Fraktionen die Vorlage für erledigt erklärt.

Eine Abstimmung erübrigt sich.

zu **10.2**      **Antrag der Fraktionen BfM, FDP und MBL betr. Verkehrsregelung im**  
**Südviertel**  
**Vorlage: VO/0088/2004**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann – Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Die Antragssteller haben im Umweltausschuss den Antragstext wie folgt geändert:

Der Magistrat wird gebeten, auf den Oberbürgermeister als Straßenverkehrsbehörde einzuwirken,

1. Die Öffnung des Gegenverkehrs im ostwärtigen Teil der Wilhelmstraße ab

Haspelstraße wieder aufzuheben und zugleich

2. die Einbahnrichtungen in der Schulstraße und in der unteren - südlichen - Gutenbergstraße umzukehren.

Der so geänderte Antrag wurde im Umweltausschuss mehrheitlich abgelehnt.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer – SPD-Fraktion. Die Antragsteller haben auch im Bau- und Planungsausschuss den Antragstext in gleicher Weise abgeändert wie im Umweltausschuss. Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des so geänderten Antragstextes. Aussprache wurde beantragt.

Als Protokollnotiz wird vorgetragen: Die CDU-Fraktion hat sich bei der Abstimmung im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss enthalten.

Im Rahmen der Aussprache sprechen der Stadtverordnete Faecks – BfM, Oberbürgermeister Möller für den Magistrat, die Stadtverordnete Oppermann – CDU, Markus – Bündnis 90 / Die Grünen und Sell – SPD. Die Stadtverordnete Oppermann hat im Rahmen ihrer Ausführungen die getrennte Abstimmung über die verschiedenen Antragsteile beantragt.

Nach der Debatte lässt der Stadtverordnetenvorsteher abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Jastimmen aus BfM, FDP und MBL bei Neinstimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

#### **Der Antragsteil**

„Der Magistrat wird gebeten, auf den Oberbürgermeister als Straßenverkehrsbehörde einzuwirken,

Erstens die Öffnung des Gegenverkehrs im ostwärtigen Teil der Wilhelmstraße, ab Haspelstraße, wieder aufzuheben“

wird abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Jastimmen aus BfM, FDP und MBL bei Neinstimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die beantragte Umkehr der Einbahnrichtung in der Schulstraße wird abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Jastimmen der BfM, FDP und MBL-Fraktion bei Neinstimmen aus SPD, Die Grünen und PDS und bei Enthaltung der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

**Die Umkehr der Einbahnrichtung in der unteren südlichen Gutenbergstr. wird abgelehnt.**

zu 10.3 **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Querungshilfe Krummbogen Höhe  
Parkplatz / Tankstelle  
Vorlage: VO/0089/2004**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann – Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.  
Für den Bau- und Planungsausschuss spricht der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Meyer – SPD-Fraktion. Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert, durch Einrichtung einer Querungshilfe an geeigneter Stelle ein gefahrloses Überqueren des Krümmbogens von dem Parkplatz gegenüber der Tankstelle zum gegenüberliegenden Bürgersteig zu ermöglichen.**

zu 10.4 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen - Fraktionen betr. Termin für die Wahl zum Oberbürgermeister / zur Oberbürgermeisterin der Universitätsstadt Marburg**  
**Vorlage: VO/0091/2004**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker- SPD-Fraktion. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Wahl zum Oberbürgermeister / zur Oberbürgermeisterin der Stadt Marburg wird festgelegt auf den 30. Januar 2005.**  
**Eine eventuell nötig werdende Stichwahl kann dann am 13. Februar 2005 erfolgen.**

zu 10.5 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Landschaftspflegekonzept Ockershausen**  
**Vorlage: VO/0095/2004**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann – Bündnis 90 / Die Grünen. Der Antragstext ist im Umweltausschuss wie folgt ergänzt worden:  
Der Ortsbeirat Ockershausen und die überwiegend privaten Eigentümerinnen und Eigentümer sind eng in diesen Prozess mit einzubeziehen.

In dieser ergänzten Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, ein Pflege- und Nutzungskonzept für den Bereich Soldatengraben, Schülerhecke, kleiner Grund und Weinstraße (Ockershausen) zu erstellen.**  
**Dies soll in enger Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz beim Landrat des Kreises Marburg-Biedenkopf**

erfolgen.

**Die Folgenutzung ist nach Möglichkeit über das Hessische Landschaftspflegeprogramm sicherzustellen. Eine Kooperation mit der Universität Marburg / Fachbereich Biologie ist anzustreben.**

**Der Ortsbeirat Ockershausen und die überwiegend privaten Eigentümerinnen und Eigentümer sind eng in diesen Prozess mit einzubeziehen.**

Der Stadtverordnetenvorsteher merkt an, dass der Ortsbeirat Ockershausen von dieser Beschlussfassung schriftlich informiert wird.

zu 10.6 **Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Energiepass / Gebäudepass  
Vorlage: VO/0096/2004**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann – Bündnis 90 / Die Grünen. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage, nachdem die Begründung ergänzt wurde. Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss behandelt worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Meyer – SPD-Fraktion. Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Die Erweiterung der Begründung des Antrages wurde auch hier zur Kenntnis genommen. Als dritter Ausschuss hat sich der Haupt- und Finanzausschuss mit dem Antrag befasst. Auch hier wurde auf die ergänzte Begründung hingewiesen. Ferner hat der Stadtverordneter Röhlmann für die Fraktionen der FDP, BfM und MBL folgenden Änderungsantrag eingebracht:

Der Magistrat wird beauftragt unter Berücksichtigung des zu erwartenden EU-Rechts die freiwillige Teilnahme an einem Feldversuch zur Erstellung von Energiepässen für Gebäude zu fördern. Etwaige EU-Vorlagen sind zu dokumentieren.

Dieser Änderungsantrag wurde vom Haupt- und Finanzausschuss jedoch mehrheitlich abgelehnt. Der Ausschuss empfiehlt somit mehrheitlich die Zustimmung zu dem ursprünglich Antragstext.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt darüber abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Neinstimmen der Zählgemeinschaft aus FPD, BfM und MBL und einigen Enthaltungen aus der CDU und aus der Zählgemeinschaft mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, ein Konzept zur Einführung eines Energiepasses/Gebäudepasses für Wohngebäude und kleine Betriebe in Marburg zu erarbeiten und baldmöglichst der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.**

zu 10.7 **Antrag B90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Information von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern über Neuregelungen  
Vorlage: VO/0097/2004**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo – Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Der Antrag wurde im Sozialausschuss ausführlich beraten. Stadtrat Dr. Kahle erläuterte die umfangreichen Informationen, die mit der Einführung des GKV-Modernisierungsgesetzes durch den Fachbereich Soziales vorgenommen wurden. Ebenso umfassend wird über die anstehenden Änderungen durch die Sozialgesetzbücher (sogenannte Harz-Gesetze) informiert. Daraufhin wurde der Antrag im Ausschuss für erledigt erklärt.

**Eine Abstimmung erübrigt sich daher.**

zu **10.8** **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Zukunft des Marburger Universitätsklinikums**  
**Vorlage: VO/0106/2004**

Der Tagesordnungspunkt 10.8 wird zusammen aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt 10.9 und gemeinsam behandelt. Dies ist auch im Haupt- und Finanzausschuss am 25. Februar 2004 so geschehen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker – SPD-Fraktion. Beide Fraktionsanträge wurden im Haupt- und Finanzausschuss zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen umformuliert. Der gemeinsame Antrag hat folgenden Text:

Gemeinsamer Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg fordert die Hessische Landesregierung auf, die isolierten Pläne zur Fusion der Universitätskliniken Gießen und Marburg aufzugeben und ein Gesamtkonzept „Hochschulmedizin Hessen“ gemeinsam mit allen Betroffenen aufzustellen, in dem alle hessischen Klinikumsstandorte vorbehaltlos einbezogen werden. In diesem Konzept sind auch die Fragen der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Qualität der Lehre, die regionale Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation sowie die medizinische Versorgung zu berücksichtigen.**
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg fordert die Landesregierung auf, die Ziele, Prüfungs- und Entscheidungskriterien für die Fusion umgehend offen zu legen.**
- 3. Der Magistrat und alle Mandatsträger aus Marburg werden aufgefordert, in diesem Sinne auf die Landesregierung einzuwirken.**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem gemeinsamen Antrag. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen Stadtverordnete Dr. Weinbach – SPD-Fraktion, Oberbürgermeister Möller, die Stadtverordnete Röllmann – FDP, Oppermann – CDU und Neuwohner – Bündnis 90 / Die Grünen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diese neue Fassung des Antrages

abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg fordert die Hessische Landesregierung auf, die isolierten Pläne zur Fusion der Universitätskliniken Gießen und Marburg aufzugeben und ein Gesamtkonzept „Hochschulmedizin Hessen“ gemeinsam mit allen Betroffenen aufzustellen, in dem alle hessischen Klinikumsstandorte vorbehaltlos einbezogen werden. In diesem Konzept sind auch die Fragen der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Qualität der Lehre, die regionale Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation sowie die medizinische Versorgung zu berücksichtigen.**
2. **Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg fordert die Landesregierung auf, die Ziele, Prüfungs- und Entscheidungskriterien für die Fusion umgehend offen zu legen.**
3. **Der Magistrat und alle Mandatsträger aus Marburg werden aufgefordert, in diesem Sinne auf die Landesregierung einzuwirken.**

Von 20:18 bis 20:35 hat die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe – SPD-Fraktion die Sitzungsleitung übernommen.

zu **10.9** **Antrag der CDU-Fraktion betr. Marburger Universitäts-Klinikum -  
Perspektiven und Chancen**  
**Vorlage: VO/0116/2004**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits mit dem Tagesordnungspunkt 10.8 behandelt.

zu **11** **Kenntnisnahmen**

zu **11.1** **Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der  
Budgets zum 31. Dezember 2003**  
**Vorlage: VO/0027/2004**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 20:50 Uhr.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 20:50 Uhr.

Löwer  
Stadtverordnetenvorsteher

Spies  
stellv. Vorsitzende  
der SPD-Fraktion

Rehlich  
Vorsitzender  
der CDU-Fraktion

Wagner  
Protokoll und  
Geschäftsstelle